



# **Niederschrift**

## **Innen- und Rechtsausschuss**

19. Wahlperiode - 124. Sitzung

am Mittwoch, dem 1. September 2021, 14:00 Uhr,  
im Plenarsaal des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Abg. Barbara Ostmeier (CDU)	Vorsitzende
Abg. Tim Brockmann (CDU)	
Abg. Lukas Kilian (CDU)	
Abg. Volker Nielsen (CDU)	i. V. von Abg. Hans Hinrich Neve
Abg. Dr. Kai Dolgner (SPD)	
Abg. Thomas Rother (SPD)	
Abg. Stefan Weber (SPD)	i. V. von Abg. Kathrin Bockey
Abg. Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Abg. Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. von Abg. Aminata Touré
Abg. Jan Marcus Rossa (FDP)	
Abg. Christian Dirschauer (SSW)	i. V. von Abg. Lars Harms

**Weitere Abgeordnete**

Abg. Özlem Ünsal (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Besetzung der Stelle einer Präsidentin oder eines Präsidenten des Oberlandesgerichts bei dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht in Schleswig</b>	<b>5</b>
Schreiben des Justizministers vom 17. August 2021 Umdruck 19/6144	
<b>2. Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein</b>	<b>8</b>
Drucksache 19/2807	
<b>3. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand des geplanten Bodenfonds</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/6163	
<b>4. Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Durchführung von Abschnittskontrollen</b>	<b>13</b>
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 19/2847	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/6173	
<b>5. a) Lehren aus Pandemie und Flutkatastrophe ziehen - Den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein optimal aufstellen</b>	<b>14</b>
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/3187	
<b>b) Bevölkerungsschutz im Katastrophenfall gewährleisten</b>	<b>14</b>
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3219	
<b>6. Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz</b>	<b>15</b>
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3220	
<b>7. Entwurf eines Gesetzes über die Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Landesaufnahmegesetz - LAufnG)</b>	<b>16</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/3141	

- 
- |            |  |           |
|------------|--|-----------|
| <b>9.</b>  | <b>Entwurf eines Gesetzes des Landes Schleswig-Holstein zur Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (GlüStV 2021 AG SH)</b>         | <b>17</b> |
|            | Gesetzentwurf der Landesregierung<br>Drucksache 19/3175  |           |
| <b>9.</b>  | <b>Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure</b> | <b>18</b> |
|            | Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW<br>Drucksache 19/3181   |           |
| <b>10.</b> | <b>Verfassungsschutzbericht 2020</b>   | <b>19</b> |
|            | Bericht der Landesregierung<br>Drucksache 19/2937  |           |
| <b>11.</b> | <b>Soziale Bodenpolitik für Schleswig-Holstein: Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes voranbringen</b>   | <b>20</b> |
|            | Antrag der Fraktion der SPD<br>Drucksache 19/3210 (neu)  |           |
| <b>12.</b> | <b>Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“</b>   | <b>21</b> |
|            | Bericht der Landesregierung<br>Drucksache 19/3062  |           |
| <b>13.</b> | <b>Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee</b>  | <b>22</b> |
|            | Bericht der Landesregierung<br>Drucksache 19/3188  |           |
| <b>14.</b> | <b>Verschiedenes</b>   | <b>23</b> |

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Abg. Rother schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 12 (Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“) und 13 (Munitionsaltlasten) zu vertagen. - Abg. Brockmann schlägt Vertagung von Tagesordnungspunkt 4 (Abschnittskontrollen) vor. - Der Ausschuss kommt überein, diese Tagesordnungspunkte zu vertagen und billigt die Tagesordnung im Übrigen einstimmig in der vorstehenden Fassung.

**1. Besetzung der Stelle einer Präsidentin oder eines Präsidenten des Oberlandesgerichts bei dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht in Schleswig**

Schreiben des Justizministers vom 17. August 2021

[Umdruck 19/6144](#)

- Anhörung der Bewerberinnen und Bewerber gemäß § 10 Absatz 3 Satz 4 und 5 LRiG -

**Anhörung von Herrn Dr. Dirk Bahrenfuss**

Herr Dr. Bahrenfuss stellt seinen persönlichen und beruflichen Werdegang kurz dar.

Abg. Brockmann fragt nach Konsequenzen aus der Coronapandemie für die Justiz in Schleswig-Holstein. - Herr Dr. Bahrenfuss führt aus, die Coronapandemie habe die Arbeit der Justiz in der Tat seit März 2020 stark geprägt. Er selbst sei damit befasst gewesen, hier sachgerechte Lösungen für eine Fortsetzung insbesondere des Verhandlungsbetriebs zu finden. Durch den bereits zuvor hohen Grad der Digitalisierung der schleswig-holsteinischen Justiz sei es fast überall möglich gewesen, nahezu nahtlos weiterzuarbeiten. Gleichzeitig sei ein monatliches Reporting der Eingangs- und Erledigungszahlen eingeführt worden. In vielen Bereichen habe die Coronapandemie in der Justiz bereits vorhandene Entwicklungen beschleunigt, beispielsweise bei der Einführung des Homeoffice und bei der Digitalisierung. Es müsse nun darum gehen, diese dynamischen Entwicklungen weiter zu gestalten.

Abg. Kilian fragt den Bewerber nach seiner Einschätzung zu den Verfahrensdauern in der Justiz in Schleswig-Holstein. - Herr Dr. Bahrenfuss berichtet, der Bereich der Strafjustiz treibe ihn in der Tat um. Jedoch habe es im Jahr 2021 eine deutliche Reduktion der Bestände an den Amtsgerichten gegeben. Problematisch sei es jedoch im Bereich der Landgerichte mit teilweise sehr komplexen Großverfahren. Die Landesregierung habe unter seiner Mitwirkung hier bereits durch eine entsprechende personelle Stärkung gegengesteuert. Es gebe hier jedoch, insbesondere im Bereich der Personalentwicklung, noch zahlreiche offene Baustellen.

Abg. Dirschauer fragt nach Berührungspunkten zu den Minderheiten im Lande im bisherigen Werdegang von Herrn Dr. Bahrenfuss. - Herr Dr. Bahrenfuss berichtet, dieser Bereich sei ihm selbstverständlich aus seiner bisherigen Tätigkeit wohl bekannt. Zuletzt habe es eine Abfrage beim Personal gegeben, welche Minderheitensprachen beherrscht würden. Es sei somit in der schleswig-holsteinischen Justiz möglich, Verfahren in Minderheitensprachen zu führen.

### **Anhörung von Frau Dagmar Mittler**

Frau Mittler stellt ihren beruflichen und persönlichen Werdegang dar.

Abg. Brockmann fragt nach Konsequenzen aus der Coronapandemie für die Justiz in Schleswig-Holstein. - Frau Mittler betont, die aus der Coronapandemie erwachsenen Herausforderungen seien für Schleswig-Holstein die gleichen wie für andere Bundesländer gewesen. Insgesamt sei die Justiz in Schleswig-Holstein ihrer Auffassung nach aber gut durch die Krise gekommen, es sei gelungen, die Rechtsprechung aufrechtzuerhalten. Geholfen habe die weitgehende Einführung von Homeoffice beziehungsweise mobiler Arbeit. Es müsse nun darum gehen, die negativen Konsequenzen dieser Entwicklung - beispielsweise der geringere Austausch im Kollegenkreis - in den Blick zu nehmen.

Abg. Kilian fragt die Bewerberin nach ihrer Einschätzung zu den Verfahrensdauern in der Justiz Schleswig-Holsteins. - Frau Mittler stimmt ihm zu, dass hier ein Problem bestehe, weil die Eingangszahlen deutlich anstiegen. Eine Möglichkeit, für Entlastung zu sorgen, könne darin bestehen, die Lebenszeitrichterinnen und -richter zu motivieren, vom Zivilrechts- in den Strafrechtsbereich zu wechseln. Eine weitere Möglichkeit könne die Einführung einer zwingenden Strafrechtsstation für Proberichter sein.

Abg. Dirschauer fragt nach Berührungspunkten zu den Minderheiten im bisherigen Werdegang von Frau Mittler. - Diese antwortet, die dänische Minderheit sei ihr bekannt, sie habe zu dieser jedoch bisher keine Berührungspunkte gehabt. Sie sei jedoch in Aachen und somit in einer europäischen Grenzregion aufgewachsen, was sie als bereichernd empfunden habe.

### **Anhörung von Herrn Detlev Rust**

Herr Rust stellt seinen beruflichen und persönlichen Werdegang kurz dar.

Abg. Brockmann fragt nach Konsequenzen aus der Coronapandemie für die Justiz in Schleswig-Holstein. - Herr Rust stellt klar, aus seiner Sicht habe die Justiz insgesamt die Herausforderungen der Coronapandemie gut bewältigt. In kurzer Zeit sei es gelungen, sowohl die Sicherheit des Personals vor Ansteckung als auch die Durchführung des Verhandlungsbetriebs zu gewährleisten. Er sei überzeugt, dass die geschaffenen technischen Möglichkeiten, insbesondere der Verhandlungsführung über Videotechnologie, auch über die Pandemie hinaus Bestand hätten.

Abg. Kilian fragt den Bewerber nach seiner Einschätzung zu den Verfahrensdauern in der Justiz Schleswig-Holsteins. - Herr Rust weist darauf hin, das Problem betreffe insbesondere wenige, besonders große Verfahren. Eine Verkürzung dieser Verfahren sei seiner Einschätzung nach nur durch eine entsprechende Reform der Strafprozessordnung möglich. Ihm liege es sehr am Herzen, zu kürzeren Verfahrensdauern zu gelangen, um das Rechtsbewusstsein in der Bevölkerung zu stärken.

Abg. Dirschauer fragt nach Berührungspunkten zu den Minderheiten im bisherigen Werdegang von Herrn Rust. - Herr Rust berichtet, ihm sei die Existenz einer dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein bekannt. Er räume jedoch freimütig ein, dass er bisher keine beruflichen Berührungspunkte zu dieser Minderheit gehabt habe.

Der Ausschuss schließt somit die Anhörung der Bewerberinnen und Bewerber gemäß § 10 Absatz 3 Satz 4 und Satz 5 Landesrichtergesetz ab und kommt überein, in der Sitzung am 8. September in nicht öffentlicher Sitzung hierüber weiter zu beraten und über einen Wahlvorschlag für den Landtag abzustimmen.

## 2. Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein

### [Drucksache 19/2807](#)

- Beratung mit der Landesbeauftragten für Datenschutz -

Frau Hansen, Landesbeauftragte für Datenschutz, stellt den Tätigkeitsbericht 2021 (Berichtszeitraum 2020) schwerpunktmäßig vor (Anlage 1).

Abg. Weber thematisiert Anfeindungen der Datenschutzbeauftragten und ihres Teams. - Frau Hansen berichtet, ihrer Beobachtung nach habe die Coronapandemie in viele Debatten ein hohes Maß an Aggressivität hineingebracht. Viele Datenschutzbeauftragte in Schleswig-Holstein seien entsprechenden Anfeindungen ausgesetzt, wenn sie ihrer Aufgabe nachgingen.

Abg. Weber fragt, ob es angesichts der großen Zahl an Verstößen im Bereich Videoüberwachung nicht an der Zeit wäre, Geldbußen zu verhängen. - Frau Hansen meint, sie halte nicht Bußgelder, sondern Untersagungen für das schärfste Mittel in diesem Bereich. Das ULD gehe jedoch auch mit Bußgeldern vor. Viele Sachverhalte würden jedoch nur gerichtlich zu klären sein.

Auf eine weitere Nachfrage des Abg. Weber zu Abschnitt 4.1.10 des Berichts (Prüfung eines kommunalen Rechenzentrums) erläutert Herr Dr. Polenz, Mitarbeiter des ULD, da in diesem Fall die Mängel nicht abgestellt worden seien, sei es hier tatsächlich zu entsprechenden Sanktionen durch das ULD gekommen. Die Einrichtung werde einer Nachprüfung unterzogen. Gegenüber öffentlichen Stellen seien die rechtlichen Möglichkeiten an Abhilfebefugnissen begrenzt.

Abg. Brockmann fragt nach dem Anteil der Beschwerden mit Coronabezug und dem Umfang des ULD mit Beschwerden in Bezug auf die Corona-Kontaktdatenerhebung. - Frau Hansen berichtet, von 1.497 Beschwerden hätten 100 bis 200 einen Coronabezug. Nach der Kontaktdatenerhebung stünden nunmehr Fragen in Bezug auf Homeoffice im Vordergrund. Insgesamt gebe es bei diesem Bereich eine große Bereitschaft, die Datenschutzlücken zu beheben und entsprechend nachzubessern.

Auf eine Frage des Abg. Peters zur Abfrage des Impfstatus der Arbeitnehmer durch den Arbeitgeber berichtet Frau Hansen, es gebe hierzu Anfragen. Sie persönlich wünsche sich eine klarere rechtliche Situation.

Abg. Weber meint, nach der Einführung der Datenschutzgrundverordnung 2018 sei es nun erneut an der Zeit, die Menschen für das Thema Datenschutz zu sensibilisieren. - Frau Hansen stimmt ihm zu. Das ULD versuche, mit situationsadäquaten Handreichungen konkrete Hilfestellung zu geben.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Bericht, Drucksache 19/2807, zur Kenntnis zu nehmen.

### **3. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand des geplanten Bodenfonds**

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/6163](#)

Innenministerin Dr. Sütterlin-Waack berichtet, Ziel des Programms sei es, die Kommunen bei der Bereitstellung von Flächen zu unterstützen. Mit der Erstellung der Richtlinie für das Programm befinde man sich auf einem guten Weg, sie sei bereits innerhalb des Ministeriums und mit der IB.SH abgestimmt worden. Die festgelegte Förderkulisse beinhalte, dass Maßnahmen zur Entwicklung von Bauland im Außenbereich von der Förderung ausgeschlossen seien. Dies gelte ebenso für Arrondierungsbemühungen vorhandener Siedlungsbereiche, wenn diese primär im nicht baulich geprägten Außenbereich geplant seien. Diese Festlegungen entsprächen der Zielsetzung, neue Flächenversiegelung zu vermeiden und die Nachverdichtung im Innenbereich zu erreichen. Das Ministerium bereite gerade eine europaweite Ausschreibung zur Erstellung der Potenzialanalysen mit IB.SH und GMSH vor.

Zur Finanzierung führt die Innenministerin aus, es bestehe ein Gesamtbedarf von 18 Millionen €, der durch eine Umwidmung von Mitteln aus dem Zweckvermögen in Höhe von 10,1 Millionen € und anteilig aus den Flächeneinsparungsmitteln von 7,9 Millionen € gedeckt werde. Mit diesem Ansatz würden die Initialisierungskosten des Programms, die erwähnte Potenzialanalyse und die Zinskosten abgedeckt. Über diese 18 Millionen € hinaus falle für das Land im Jahr 2036 ein etwaiger maximaler Verlustausgleich von 20 Millionen € an, dessen Höhe jedoch vom Erfolg der Projekte abhängen. Um die Anforderungen der Landeshaushaltsordnung zu erfüllen und gegebenenfalls Herausforderungen der Anforderungen der Struktur und des Programms herauszuarbeiten, bedürfe es einer sorgfältigen Analyse. Die festgestellten Herausforderungen würden nun regierungsintern - insbesondere zwischen ihrem Haus und dem Finanzministerium - besprochen.

Abschließend räumt Ministerin Dr. Sütterlin-Waack ein, in der Tat brauche die Landesregierung recht lange für die Umsetzung dieses Programms. Es handele sich jedoch um ein neuartiges Förderinstrument, bei dem die Maxime Gründlichkeit vor Schnelligkeit unbedingt einzuhalten sei, um eine nachhaltige Wirkung sicherzustellen. Geplant sei, Anfang 2022 in die Umsetzung zu gelangen und erste Projekte in die Förderung aufzunehmen.

Auf Nachfrage der Abg. Ünsal erläutert Ministerin Dr. Sütterlin-Waack, die Flächenmanager würden bei den Kreisen angesiedelt und hätten die Aufgabe, insbesondere die Kommunen bei den Zielen des Programms zu unterstützen. - Herr Kleinhans, Leiter der Abteilung „Bauen und Wohnen“ des Innenministeriums, ergänzt, die Flächenmanager seien nicht Teil des jetzt in Rede stehenden Programms.

Auf eine Frage der Abg. Ünsal zum Digitalisierungsstand der Bodendaten und entsprechenden Schnittstellen erläutert Herr Kleinhans, in der Tat lägen die relevanten Daten überwiegend bei den Kommunen vor. Es werde versucht, über das Landesamt für Vermessung und Geoinformation die Daten zusammenzutragen, jedoch sei dies noch nicht so konkret, dass sichergestellt werde, dass die Flächenmanager entsprechend die Steuerung übernehmen könnten.

Auf eine Rückfrage der Abg. Ünsal zum Klärungsbedarf mit dem Finanzministerium erläutert Herr Kleinhans, es gehe um die Frage, wie weit Zweckentfremdungszinsen anfielen. Im Bereich der Städtebauförderung sei erfahrungsgemäß nicht immer vorherzusehen, wann exakt die Mittel abgerufen würden. Nach dem Verständnis des Innenministeriums sei es jedoch nicht sachgerecht, in diesem Bereich Zweckentfremdungszinsen, wie sie die Landeshaushaltsordnung vorsehe, zu erheben.

Auf eine weitere Nachfrage der Abg. Ünsal zur Kommunikation mit der kommunalen Familie berichtet Herr Kleinhans, es habe einen sehr engen Austausch mit den kommunalen Landesverbänden gegeben. Insgesamt reagiere der kommunale Bereich positiv auf das geplante Programm. Es müsse darum gehen, die Balance zu finden, einerseits die Kommunen zu unterstützen, andererseits jedoch nicht in die kommunale Planungshoheit einzugreifen.

Abg. Dr. Tietze fragt nach den Förderkriterien. - Herr Kleinhans antwortet, es sei im Programm keine Struktur vorgesehen, die bestimmte Landesteile bevorzuge. - Abg. Rother entgegnet, es müsse aber doch unbedingt Qualitätskriterien geben, um die Mittel sachgerecht zu verteilen. - Herr Kleinhans antwortet, das Programm bestehe zum einen aus finanziellen Mitteln, zum anderen aus fachlicher Kompetenz, um Potenzialanalysen durchzuführen. Seiner Einschätzung nach werde es nur in einzelnen Fällen möglich sein, die Finanzierung über das Programm zu ermöglichen. Er erhoffe sich, dass das Mittel der Potenzialanalyse für bestimmte Flächen sehr häufig in Anspruch genommen werde. Die Ergebnisse der Potenzialanalysen müssten dann auch eine Rolle spielen bei der Verteilung der weiteren finanziellen Mittel, beispielsweise für den Erwerb von Grundstücken.

Der Ausschuss kommt überein, die Beratung des Tagesordnungspunkts in der nächsten Sitzung mit dem Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Digitalisierung fortzusetzen.

#### 4. Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Durchführung von Abschnittskontrollen

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2847](#)

(überwiesen am 24. März 2021 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/6173](#)

hierzu: [Umdrucke 19/5780](#), [19/5861](#), [19/5863](#), [19/5978](#), [19/5979](#),  
[19/5994](#), [19/6002](#), [19/6009](#), [19/6011](#), [19/6026](#),  
[19/6030](#), [19/6065](#), [19/6129](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

**5. a) Lehren aus Pandemie und Flutkatastrophe ziehen - Den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein optimal aufstellen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/3187](#)

**b) Bevölkerungsschutz im Katastrophenfall gewährleisten**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/3219](#)

(überwiesen am 25. August 2021)

Auf Antrag des Abg. Rother beschließt der Ausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Um Benennung der Anzuhörenden wird bis zum 15. September 2021 gebeten.

**6. Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der parlamentarischen  
Transparenz**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 19/3220](#)

(überwiesen am 25. August 2021)

Auf Antrag des Abg. Brockmann beschließt der Ausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung, um Benennung der Anzuhörenden wir bis zum 15. September 2021 gebeten.

**7. Entwurf eines Gesetzes über die Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Landesaufnahmegesetz - LAufnG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 19/3141](#)

(überwiesen am 27. August 2021)

Auf Antrag des Abg. Brockmann und des Abg. Rother kommt der Ausschuss überein, die kommunalen Landesverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu der Vorlage zu bitten.

**9. Entwurf eines Gesetzes des Landes Schleswig-Holstein zur Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (GlüStV 2021 AG SH)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3175](#)

(überwiesen am 27. August 2021)

Abg. Brockmann beantragt die Durchführung einer schriftlichen Anhörung mit Benennung der Anzuhörenden bis 15. September 2021. - Der Ausschuss beschließt, so zu verfahren.

**9. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 19/3181](#)

(überwiesen am 27. August 2021)

Auf Antrag des Abg. Dr. Dolgner beschließt der Ausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Anzuhörende sind dem Geschäftsführer bis zum 15. September 2021 zu benennen.

## **10. Verfassungsschutzbericht 2020**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/2937](#)

(überwiesen am 27. August 2021 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt in Aussicht, den Bericht der Landesregierung gemeinsam mit Vertretern der Verfassungsschutzabteilung des Innenministeriums in einer der nächsten Sitzungen zu beraten.

**11. Soziale Bodenpolitik für Schleswig-Holstein: Umsetzung des  
Baulandmobilisierungsgesetzes voranbringen**

Antrag der Fraktion der SPD  
[Drucksache 19/3210](#) (neu)

(überwiesen am 26. August 2021)

Auf Antrag des Abg. Rossa beschließt der Ausschuss, die Landesregierung zu bitten, in einer der nächsten Sitzungen zur Umsetzung des Gesetzes zu berichten.

## 12. Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3062](#)

(überwiesen am 27. August an den **Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Bildungsausschuss, den Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

### **13. Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3188](#)

(überwiesen am 26. August 2021 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschuss sowie Europausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

## 14. Verschiedenes

Abg. Rother erinnern an ausstehende schriftliche Stellungnahmen der Landesregierung zur Aufgabenzuweisung für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie zur Verordnung beziehungsweise zum Verordnungsentwurf zum Kostenerstattungsgesetz Fehmarnbeltquerung ([Drucksache 19/2935](#)).

Die Vorsitzende, Abg. Ostmeier, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Barbara Ostmeier  
Vorsitzende

gez. Dr. Sebastian Galka  
Geschäfts- und Protokollführer